



Doris Schröder-Köpf und Oliver Dix, Landeschef des Bundes der Vertriebenen, unterzeichnen Resolution „Flüchtlingsschutz in die Mitte der Gesellschaft tragen“

Doris Schröder-Köpf, Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, und Oliver Dix, Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, haben am (heutigen) Dienstag in Hannover eine gemeinsame Resolution zur Flüchtlingspolitik unterzeichnet. In der Resolution heißt es, dass angesichts von mehr als 50 Millionen Flüchtlingen weltweit aus der historischen Erfahrung heraus „unsere Gesellschaft deshalb in einer besonderen Verantwortung, den Menschen zu helfen, die heute Schutz und Zuflucht in Niedersachsen suchen“ stehe. Als einzelnes Land könne Niedersachsen zwar kaum dazu beitragen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Wörtlich weiter: „Es kann aber im Länderverbund die Bundesregierung ermuntern und unterstützen, diese Zielsetzung sowohl auf nationaler Ebene als auch in den EU-Gremien stärker zu verfolgen. Außerdem kann Niedersachsen mit seinen Bürgerinnen und Bürgern alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Situation von Flüchtlingen und den Umgang mit ihnen zu verbessern.“

Die Landespolitik habe bereits wichtige Reformen auf den Weg gebracht, von Wegweiserkursen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes über eine verbesserte personelle Ausstattung der Einrichtungen, der Förderung der psychosozialen und medizinischen Beratung bis hin zur Reform der Härtefallkommission, in der schwierige Einzelfälle eine umsichtige Bewertung erfahren. „Land und Kommunen arbeiten zusammen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Zur besseren Vernetzung vor Ort sollen auch die Koordinierungsstellen für Migration und Teilhabe in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt beitragen, die das Land jährlich mit einem Millionenbetrag unterstützt“, heißt es in der Resolution weiter.

Schröder-Köpf und Dix in dem Text wörtlich: „Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge, der Vertriebenen, der Schutzsuchenden ist uns ein gemeinsames Anliegen. Die freundliche und offene Aufnahme der Menschen, das Verständnis für sie und ihre leidvolle Situation, wollen wir mit all den uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen und fördern.“

Nr. 171/14		
Pressestelle Planckstraße 2, 30169 Hannover	Tel.: (0511) 120-6946 Fax: (0511) 120-6833	www.stk.niedersachsen.de E-Mail: pressestelle@stk.niedersachsen.de